

Inhalt

S. 2 **Erzeugung nationaler Wirklichkeit**
Von D.Josten

S. 8 **Interviews des deux rivers**
Zwei Aktivistinnen im Interview über den
Nato-Gipfel im April 2009 in Strassbourg und Kehl

S. 11 **Das Rätsel**
Rätselspass

S. 13 **Die Offline-Offensive**
I. Tichy über Internetzensur

S. 17 **Kritik der Psychiatrie**
Teil 1 von David Wicheras Vortrag in Köln

S. 22 **Who are you**
Informationen über Junge Linke

Zur Geschichte der Erzeugung nationaler Wirklichkeit in Deutschland

von D. Josten

Welche Entwicklungen dahinter stecken, wenn Nationalität als gesellschaftliches Identitätsmerkmal bestimmend wird, das selbst heute für viele noch so wichtig für die individuelle Selbstverortung erscheint, wie sonst vielleicht nur das Merkmal Geschlecht, ist hier das Thema, welches anhand einiger Stationen der Geschichte dargelegt werden soll. Bei den betreffenden Vorgängen kommt eine ethnozentrische Komponente zum Tragen: die Berufung auf ein Volkskonstrukt und auf eine dazugehörige, imaginäre Kulturgemeinschaft.

Die Begriffe Nation und Volk

Den nun folgenden Beispielen für Teilnehmer an historischen Diskursen ist gemeinsam, dass das Konstrukt des Nationalen vom bürgerlichen Standpunkt her aufgebaut wird, wobei die Geschichte von Dynastien und Territorien durch kulturelle und ethnische Prinzipien ergänzt und umfasst werden, etwa im Begriff Volk. Sie sollen die Entwicklung der inhaltlichen Füllung der Begriffe verdeutlichen.

Der von 1723-1816 lebende Adam Ferguson stiftete

kulturelle Identität noch nüchtern aus seinem Selbstverständnis als Historiograph. Johann Gottfried Herder (1744-1803) sah in der kulturellen Identitätsstiftung bereits eine Art menschliches Naturgesetz der Zivilisation: „Der natürlichste Staat ist also auch ein Volk mit einem Nationalcharakter.“ (zit. n. Kaschuba 1992, 241) Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852) schließlich, beschwor 1813 die Deutschen pathetisch, religiös als „heiliges Volk“ (zit. n. ebd., 243). Das ethnozentrische Konzept der Nationwerdung wurde politik-, territorial- und kulturgeschichtlich begründet. Jahn bediente sich dem Grundmuster landsmannschaftlichen Patriotismus'. Regionale Tradition und Kultur werden in Legenden und Mythen eingebunden und schließlich als nationale völkische Kultur geadelt. Auf diese Art werden Regional- und Gruppeninteressen im kollektiven Behauptungswillen der Nation kanalisiert. Die Schlagworte Volk und Nation wurden, anders als in anderen Ländern, zur deutschen Integrationsformel schlechthin. Dabei ist der Mythos, also die Summe gemeinsamer Erinnerungsfiguren, Grundbestandteil ethnischen, wie nationalen Identitätsaufbaus. Auf ihm bauen die Selbstbilder von Gruppen und Gesellschaften auf, die sich etablieren. Bei diesem gesellschaftlichen Energiepotential, das durch religiöse, geschichtliche und politische Mythenbildung entsteht, spricht die Kulturanthropologie von einem mythomotorischen Effekt. Dieser wird umso wirksamer, je mehr ethnische Erinnerungsstränge enthalten

sind, je deutlicher also das völkische Motiv in der Nation-
sidee verankert ist. Die Territorial-, Sprach-, Geschichts-
und Religionslandschaft in Deutschland war und ist zwar
sehr heterogen, doch gefühlsmäßige, volkstümelnde
Verknüpfungen werden beschworen, und Geschichte
wird so inszeniert, dass eine fiktionale Wirklichkeit von
Gemeinschaftserlebnissen geschaffen wird. Diese muss
dann wiederum als Beweis eines angeblichen National-
charakters erhalten. Das Hier und Jetzt wird als Resultat
ethnischer Grundkonstellationen dargestellt.

Die Begriffe Nation und Volk zwingen zum Konsens. Sie
bremsten darum die Emanzipation der unteren sozialen
Klassen, wie auch die der Frauenbewegung, da gesells-
chaftliche Hierarchien über Familien-, Rollen- und Ge-
meinschaftsideologeme gestülpt werden. Das ethnisch
einheitlich gedachte Volk geriet in der Auseinanderset-
zung um den deutschen, nationalen Gedanken zur bes-
timmenden Größe, zur wichtigsten kulturellen Rechtfertigungs-
grundlage.

Bei der Entstehung von Nationalität und Ethnizität in der
Wirklichkeit der Lebenswelt sind symbolische kulturelle
Vermittlungsformen von Interesse, in deren Zentrum sich
die Ethnizitätsvorstellungen zu drängen versuchen. Das
Eigene und das Fremde werden jeweils als Volk mit ei-
genen Stammesmerkmalen gedacht, welche wiederum
die Basis für Nationalcharakterideen bilden. Die Konstruk-
tion des Fremden, als systematischer Projektionsvorgang,

beginnt mit dem Denken vom Wir und den Anderen,
wobei die Abgrenzung und Diskriminierung von letz-
teren der ethnischen Selbstdefinition vorausgehen. Bez-
üglich der gesellschaftlichen Struktur werden ethnische
Zurechnungen zur bestimmenden Größe hochstilisiert.
Während die zu einer ethnisch definierten Fremdgruppe
Gemachten mit Negativem assoziiert werden, erfährt die
Selbstdefinition eine Aufwertung. Es geht darum, inner-
en Zusammenhalt artifiziell herzustellen und Abgrenzung
nach außen zu vollziehen. Dabei wird zunächst von Fra-
gen des Alltags ausgegangen und erst später werden
komplexere Vorstellungen und Ausgrenzungsmechanis-
men entwickelt.

Konstruktion von Nationalität und Ethnizität im 19. Jahrhundert

Seit der Aufklärung meinte die typisch bürgerliche Wel-
tanschauung mit ihrem Zivilisationsgedanken, ihre eigene
vermeintlich bessere Kultur den sogenannten Wilden
näherbringen zu müssen. Was in der Aufklärung als ver-
gleichende Kulturwissenschaft begann, wurde in der
deutschen Romantik zu einer regelrechten Kulturbewe-
gung. Deutsche Romantiker produzierten fortan selbst
jene Kulturgüter, welche sie ihrem Ideal der deutschen
Kultur- und Sprachnation zuschrieben. Literatur und
Kunst suchten nach Arteigenem und Fremdem und ber-

iefen sich auf Luther und Goethe, deren Hinterlassenschaften man bewahren wollte. Im Verlaufe dieses Prozesses verstärkte sich der Ethnozentrismus im deutschen Nationalgedanken laufend. Trotzdem hatte zu Zeiten der Aufklärung der Nationalgedanke zunächst immerhin noch eine oppositionelle Komponente. Man stellte Einheits- und Freiheitsideale gegen feudale Ideen. Nationalfolklore, wie die Festkultur im Vormärz um das Jahr 1845, breitete sich im Folgenden jedoch aus, und die Parole des Nationalen band die verschiedensten politischen Lager.

Nach dem Scheitern der demokratischen Revolution 1849 herrschte endgültig eine konservative Hegemonie bezüglich der Volksidee und der Nationwerdung. Die Wissenschaft, wie etwa der Historismus und die Pädagogik, sowie die patriotische Alltagskultur prägten fortan das kollektive Gedächtnis und die Erinnerungskultur, wie es sich etwa in der Vielzahl damals errichteter Denkmäler zeigt. Die Nation wurde zur einzigen Repräsentation des Volkes. Darin erscheinen analog die Ethnie, als kulturelle, und der Staat, als politische Formation. Das Volkstum verkörpert dabei das Innere, die Nation die äußeren Grenzen.

Nach der Reichsgründung wurde der Antisemitismus, der vorher auch schon vorhanden war, zum entscheidenden Abgrenzungsmittel. Von nun an hieß es, deutsch sei, wer der Sprache, Abstammung, christlichen Religion,

Bildung und Alltagskultur entspreche. „Antisemitismus als aggressivste Form der Verdeutschung wird ... zur zentralen ethnischen Integrationsstrategie des Nationalismus“ (Kaschuba 1999, 257)

Geschichtlich ideologische Kontinuität des „Deutsch-Seins“ nach 1945

Trotz Karl Marx' und Friedrich Engels' „Deutscher Ideologie“ ist der Umstand, dass „in der Brust des ehrbaren deutschen Bürgers ein wohlütiges Nationalgefühl“ (1845/46, 18) wohnt - die kulturelle Verankerung des Gefühls vom „Deutsch-Sein“ bei den Leuten - noch kaum beachtet.

Nach 1945 behielt sich die BRD die spätere Neuformulierung der Idee von einer Sprach- und Kulturnation unter dem Stichwort: „deutsche Einheit“ vor. Der nationale Gedanke wirkte in alltagspraktischen Auffassungen des „Deutsch-Seins“ weiter. Das ethnische Konzept trat weiterhin, etwa in Gastarbeiterwitzen, in modernisierter Form zu Tage. „Deutsch-Sein“ gilt allgemein als biologisch kulturelles Faktum. Der Alltagskonsens ist sehr festgefügt. In der öffentlichen Diskussion kam der ethnische Anteil an der Definition des Nationalen in der BRD nach 1945 nicht vor. Die Vorstellung deutscher Kultur blieb aber biologisiert und an die bluts- beziehungsweise abstammungsmäßige Volksidee gebunden, aus „deutscher

Heimat“ wurde „neue Heimat“. Die sogenannten Heimatvertriebenen mussten ihre Zugehörigkeit nicht erneut nachweisen.

Das 1949 geschaffene Grundgesetz beinhaltet eine ethnisch definierte Komponente, die auf das Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 1913 zurückgeht. Die ins Grundgesetz eingeflossene Vorstellung, dass als deutsch zu gelten habe, wer deutschen Blutes sei, sorgte dafür, dass etwa Nachfahren Staatsangehöriger des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 die Staatsangehörigkeit der BRD gewährt wurde. Als Bruch mit der Politik der Nazis wurde dem Gesetz hinzugefügt, dass dieses Recht auch denjenigen zukommt, welchen die Staatsangehörigkeit, zwischen 1933 und 1945 aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen aberkannt worden war. Zu Recht wurde kritisiert, dass etwa Nachfahren deutscher Staatsangehöriger in Osteuropa, die über Nachweise verfügen, dass ihre Vorfahren in NS-Organisationen waren, es oftmals leichter haben, dieses Recht wahrzunehmen, als diejenigen, deren Vorfahren in Auschwitz ermordet, und deren Dokumente vollständig zerstört wurden.

Die implizite Vorstellung, ein ethnisch homogenes Deutschland mit einem quasi auf natürliche Weise zugehörigen Territorium könne unter einem politisch moralischen Dach zusammengefasst werden, zieht sich von Beginn an durch die Geschichte der BRD.

Auch in der DDR zeigte sich die ethnische Vorstellung der Zugehörigkeit zu einem deutschen Volk, entgegen der förmlichen Darstellung des damaligen Staates, in der dortigen Bevölkerung relativ konsistent, allerdings aus anderen Gründen, als in der BRD, wo die ethnische Einordnung zu Selbstdefinition in der Bevölkerung im Laufe einiger Jahre zunächst sogar allmählich in den Hintergrund trat. Der DDR-Bevölkerung ging es hingegen eher um materielle Mangelerfahrungen und politischen Druck im Alltag, die ethnischen Zusammenhalt als nützlich erscheinen ließen. Während die DDR-Regierung offiziell nicht mehr von einem einzigen Volk ausging, sondern klassenbezogen definierte und einen sozialistischen Internationalismus betonte, ging die amtliche Vorstellung der BRD von einer Nation in zwei Staaten aus und sprach im Namen des imaginierten, einen deutschen Volkes.

Die Entwicklung nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes

Mit dem Ende der DDR 1990 erlebte das alte ethnische Konstrukt eines einheitlichen, mit einer ebensolchen Kultur ausgestatteten, deutschen Volkes einen erneuten Aufschwung. Während die damalige Regierung der BRD derartige Vorstellungen betonte und Probleme mit denjenigen in Zusammenhang brachte, die dem Konstrukt nicht zugerechnet wurden, nahmen im Namen derart

völkischer Vorstellungen auf der Straße Gewalttaten gegen eben jene zu, die zwar auf dem Territorium leben, auf welches sich die Gültigkeit der nationalen Gesetzgebung erstreckt, die aber seit Generationen künstlich anhand ethnischer Markierungen von den durch seine Gültigkeit gewährten Rechten ausgeschlossen werden und folglich nicht umfassend von diesen Gebrauch machen können.

Im deutschen Alltag blieb das Konzept ethnischer Zugehörigkeit bestimmend, welches sich vom Fremden abgrenzt. Dabei fungiert das alltägliche Normalmodell als Standard. Abweichung führt zu Sanktion. Merkmale wie andere Sprache oder Religion werden negativ bewertet. „Fast unabhängig von den konkreten persönlichen Erfahrungen gegenseitigen kulturellen ‚Verstehens‘ ... wirken augenscheinlich Reflexe jenes Prinzips interethnischer Erfahrung weiter, das in der deutschen Geschichte die Voraussetzung bildete für die innere Nationalisierung.“ (ders., 267f) Ethnizität kann als sozialstruktureller Einordnungsmechanismus, welcher Deklassierungserfahrungen vermittelt, verstanden werden. Feindlichkeit gegenüber Fremd-Gruppen Zugerechneten ist auch ein Mittel der Verteidigung des eigenen Wohlstandes.

Die starke Verwurzelung des völkischen Denkens zeigte sich etwa in der Zeit der sogenannten Wende, als aus der gegen die Herrschenden „da oben“ gerichteten Parole „Wir sind das Volk“, die nationale Identität stiftende

Formel „Wir sind ein Volk“ wurde, welche zuvor vor allem von der Faschopartei NPD lanciert wurde. Der Umgang mit Symbolen zu dieser Zeit war eine Beschwörung der Zugehörigkeit mittels traditioneller deutscher Treugesellen und beschworenem Nationalismus. An die „Idee der Ethnizität ... wurden feste Loyalitäts- und Identitätsvorstellungen geknüpft ...: ein Deutsch-Sein, verbunden nicht nur in Sprache und nationalen Mythen, sondern ebenso in kollektiven Traumata wie dem Vergessen-Wollen von Auschwitz.“ (ders., 273)

Es zeigte sich ab Anfang der 1990er Jahre zunehmend ein Ethnopluralismus-Gedanke, der in Teilen der Rechten bis weit in bürgerliche Kreise hinein wirkt. Hierbei wird ein Recht auf Verschiedenheit konstatiert, aber auf räumlicher und ethnischer Trennung beharrt. Die Auslegungspraxis der Verwaltungsgesetzgebungen bundesdeutscher Staatsbürgerkonstruktion ist mit ihren Abschiebungen davon nicht weit entfernt. Auch die deutsche Außenpolitik bedient sich weiterhin nach altbewährtem Muster der Konstruktion der deutschen Ethnie, um im Namen derart definierter Menschen, welche in anderen Staaten leben, Einfluss auf betreffende fremdstaatliche Territorien ausüben zu können.

Das einst längst für überholt gehaltene Konstrukt der Ethnizität bestimmte zunehmend wieder das gesellschaftliche Gesamtbild und die Strukturen der Macht blieben erklärtermaßen auf diese Art strategisch gesichert. Ethnis-

ierungsprozesse erlebten seit Beginn der 1990er einen Aufschwung. Zunehmend wurden Analogien zwischen der Situation der Reichsgründung 1871 mit jener nach der Abwicklung der DDR heraufbeschworen. Dabei wurden gezielt historische Denkfiguren reaktiviert und in den Dienst von (macht-)politischen Interessen gestellt. Der Prozess, eine gesellschaftlich wirkungsmächtige Imagination einer ethnisch definierten Wir-Gruppe zu entwerfen, die sich von anderen abgrenzen lässt und eine Einheitsvorstellung beinhaltet, setzte spätestens mit der Rückbesinnung auf Begriffe wie Nation und Volk während der Epoche der Romantik ein und ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Dies dient der Erreichung einer Dominanz zur Gänze an ethnischen Prinzipien ausgerichteter Gesellschaftsgrundsätze.

Literatur:

Fulbrook, M. 1996: Germany for the Germans? Citizenship and nationality in a divided nation; In: Cesarani, D./ Fulbrook, M. (Eds.): Citizenship, Nationality and Migration in Europe, London/New York 1997, 88-105

Josten, D. 2004: Deutsche Außenpolitik und „Ethnopolitik“, In: Gibt es eine Renaissance der Geopolitik, München/Ravensburg, 48-55

Kaschuba, W. 1992: Nationalismus und Ethnozentrismus, In: Jeismann, M./Ritter, H. (Hg.): Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993, 239-273

Marx, K./Engels, F. 1845/46: Die deutsche Ideologie, In: MEW 3, Berlin 1969, 9-530

Interview des deux Rivers

Anlässlich des vergangenen Nato-Gipfels in Kehl und Strassbourg führten wir zwei Interviews. Eins mit Arthur*, der nur bis nach Kehl kam und ein weiteres mit Anna*, die es auf die andere Seite bis in das Protest-Camp in Strassbourg geschafft hat.

Hallo Arthur*, du bist im April zum Nato-Gipfel in Kehl und Strassbourg gefahren. Eigentlich hattest du vor an der Internationalen Großdemonstration auf der französischen Seite teilzunehmen. In Kehl wurdest du dann mit ca. 6000 weiteren GipfelgegnernInnen vor der Europabrücke aufgehalten. Welche Gründe gab es dafür und wie war die Informationspolitik der Polizei?

Die Polizei hat auf Anfragen reagiert und sogar bereitwillig Auskunft gegeben. Uns wurde per Lautsprecher mitgeteilt, dass es zu gefährlich ist, da die Ausschreitungen zu stark seien und ein nicht zu verantwortenes Risiko besteht. Nicht mitgeteilt wurde uns, ob und wann die Brücke wieder passierbar ist.

Wie verlief deine An- und Abreise? Wurdest du kontrolliert, durchsucht oder aufgehalten?

Meine Anreise verlief gut. Wir sind weder in Vorkontrollen geraten, noch wurde unser Zug aufgehalten. Erst in Kehl wurden wir, wie alle anderen, am Passieren der Brücke gehindert.

Du hast ja letztendlich die Grenze nicht passiert. Bist du trotzdem in irgendeiner Weise durch die Aussetzung

des Schengen-Abkommens beeinträchtigt worden?

Nein.

Wie beim G8 Gipfel in Heiligendamm ist für den Nato-Gipfel erneut die Bundeswehr im Inneren eingesetzt worden. Hast du vor Ort den Einsatz selbst wahrnehmen können?

Ich persönlich habe davon nichts mitbekommen. Aufgefallen ist mir aber, dass die Polizistinnen massiv bewaffnet waren. Ein etwas befremdlicher Anblick bot sich, als diese über die Brücke nach Frankreich regelrecht 'marschierten'.

Deckt sich die Berichterstattung der Medien zu den Geschehnissen in Kehl mit deinen persönlichen Erlebnissen?

Größtenteils ja. Aber von Kehler Seite aus gesehen, ist das auch kein Wunder.

In Kehl gab es laut Polizeiangaben keinerlei Verhaftungen. Kannst du das bestätigen?

Verhaftungen konnte ich auch keine beobachten. Die Polizei verhielt sich weitestgehend ruhig. Es wurde sich scheinbar nur darauf konzentriert, die Brücke abzusperren.

Vielfach wurden die für DemonstrationsteilnehmerInnen wichtigen Verkehrswege stillgelegt oder blockiert, Grenzübergänge geschlossen und anreisende GipfelgegnernInnen bei der Einreise nach Frankreich abgewiesen. Teilweise stellte sich das Gefühl ein, dass eine Demonstration schlicht nicht erwünscht ist. Wie haben diese Maßnahmen deine Planung im Vorfeld beeinflusst?

Ich hatte durchaus den Eindruck, dass eine größere Menschenansammlung im Sinne einer Demonstration nicht gewollt war. Ob das nun gerechtfertigt war sei dahingestellt. Die Angst vor Krawallen war dafür wohl in erster Linie ausschlaggebend. Aber die Anwesenheit von Staatsgästen bietet für sowas auch immer eine willkommene Begründung. In jedem Fall kommt mir dieses Vorgehen rechtsstaatlich äußerst problematisch vor. Es wurde im Vorfeld massiv abschreckende Medienarbeit geleistet und anschließend zahlreich in die Reisefreiheit der anreisenden GipfelgegnernInnen eingegriffen.

Wie hast du dich auf den Gipfel vorbereitet? Hast du an Blockadetrainings teilgenommen, Infoveranstaltungen oder ähnliches besucht?

Ich habe mich weitestgehend anderweitig informiert und mich mit meinen Mitreisenden vorher umfassend ausgetauscht.

Und zuletzt, warum bist du nach Strassbourg gefahren. Welche Gründe sprechen für dich gegen das Bündnis?

Ich lehne Krieg grundsätzlich ab. Deshalb ist es für mich unumgänglich ein Militärbündnis abzulehnen. Egal welche Erfolge ihm seitens der Massenmedien attestiert werden. Diesen Protest nach außen zu tragen und damit sichtbar zu machen war meine Absicht.

Vielen Dank für das Interview.

Hallo Anna*, du bist im April zum Nato-Gipfel in Kehl und Strassbourg gefahren. Du hast im Camp bei Strassbourg gewohnt und von dort an den Gegenaktivitäten

teilgenommen. Zunächst mal, wie war die Stimmung im Camp?

Die Stimmung war sehr gemischt. Ich würde sagen von Euphorie bis hin zu Sorge vor dem was kommt war alles dabei.

Wurde das Camp von der Polizei bedroht oder angegriffen?

Angriffe konnte ich keine beobachten, aber ich war ja auch nicht rund um die Uhr im Camp. Bedroht habe ich mich aber schon gefühlt. Ständig waren Hubschrauber zu hören, was besonders nachts sehr störend war. Außerdem lag fast durchgehend der Geruch von Tränengas in der Luft. Die französische Polizei ist damit weitaus weniger sparsam, als etwa die deutschen Polizistinnen.

Bei der Einreise nach Frankreich wurden viele Leute abgewiesen oder stundenlang festgehalten. Wie verlief deine An- und Abreise? Wurdest du kontrolliert oder aufgehalten?

Wir waren bereits einige Tage vor dem Gipfel angereist und hatten uns kurz vor der Grenze noch einmal über Vorkontrollen informiert. Uns gelang daher eine störungsfreie Anreise. Im Camp häuften sich dann aber die Berichte über schikanöse Kontrollen und Einreiseverbote. Angeblich wurden sogar Fahrzeuge aufgehalten, die Material und Verpflegung für das Küchenzelt mitführten. Ihnen wurde vorgeworfen die Messer als Waffen benutzen zu wollen...

In wieweit bist du durch die Aussetzung des Schengenabkommens beeinträchtigt worden?

Gar nicht, da wir nicht in die Situation einer Grenzkontrolle

geraten sind.

Wie beim G8 Gipfel in Heiligendamm ist für den Nato-Gipfel erneut die Bundeswehr im Inneren eingesetzt worden. Hast du vor Ort den Einsatz direkt wahrnehmen können?

Nein, davon habe ich nichts mitbekommen. Allerdings waren manche PolizistInnen so schwer bewaffnet, das man sich manchmal gefragt hat, ob eine solche Ausrüstung nicht eher militärischen Einheiten zuzuordnen ist.

Deckt sich die Berichterstattung der Medien zu den Geschehnissen in Kehl mit deinen persönlichen Erlebnissen?

Nun ja, das ist schwer zu sagen. Ich habe ja selbst nur meinen persönlichen kleinen Ausschnitt erlebt.

In Strassbourg gab es zahlreiche Verhaftungen sowie Verletzte. Bist du oder jemand aus deiner Bezugsgruppe durch den Polizeieinsatz bedroht oder verletzt worden?

Glücklicherweise nicht. Doch die Situation in der Stadt zwang uns immer wieder zu kurzen Sprinteinlagen. Dass wir nicht von Gummigeschossen oder Tränengas getroffen wurden, grenzt für mich an ein Wunder.

Vielfach wurden für Demonstrationen wichtige Verkehrswege stillgelegt oder blockiert, Grenzübergänge geschlossen und anreisende GipfelgegnerInnen bei der Anreise nach Frankreich abgewiesen.

Teilweise stellte sich das Gefühl ein, dass eine Demonstration schlicht nicht erwünscht ist. Wie haben diese Maßnahmen deine Planung im Vorfeld beeinflusst?

Da ich bereits häufiger bei solchen Veranstaltungen war, wusste ich in etwa was mich erwartete. Nicht zuletzt deswegen sind wir auch so früh losgefahren. Uns war vor allem wichtig, frühzeitig die Grenze nach Frankreich zu überqueren. Für den Notfall hatten wir abgesprochen wie wir uns im Falle einer Grenzkontrolle verhalten und welche Angaben wir machen und welche wir verschweigen. Verschwiegen hätten wir in jedem Fall auch unser Reiseziel. Insofern haben diese Maßnahmen unsere Planung durchaus stark beeinflusst. Das eine solche Demonstration nicht erwünscht ist steht für mich außer Frage.

Wie hast du dich auf den Gipfel vorbereitet? Hast du an Blockadetrainings teilgenommen, Infoveranstaltungen besucht oder ähnliches?

Ja, ich habe eine Info- und Mobilisierungsveranstaltung besucht. Ansonsten gibt es ja heutzutage auch eine gute Informationsinfrastruktur im Internet.

Und zuletzt, warum bist du nach Strassbourg gefahren. Welche Gründe sprechen für dich gegen das Bündnis?

Das Bündnis dient meiner Ansicht nach nur einem Ziel: Der Sicherung der kapitalistischen Dominanz des Westens und zwar auf militärischem Wege. Dabei geht es im Detail um sehr viele Dinge, wie die Rohstoffversorgung oder ein möglichst unbeschwerter Zugang zu anderen Märkten. Doch darüber könnte man ganze Bücher schreiben. Die Aufklärung darüber ist wohl kaum Ziel dieses Interviews.

Vielen Dank für das Interview.

*Namen geändert

Rätsel

1.	Was ist das Motto von Pink Rabbit? „Deutschland ist mir ...“
2.	Wie lautet der Vorname der Luxemburg?
3.	Wie lautet der Name einer feministisch-anarchistischen Frauenorganisation aus dem Spanischen Bürgerkrieges? Mujeres ...
4.	Das Ende wovon besingt Peter Licht?
5.	G. Kreisler, St. Heym, H. Habe und viele andere waren im zweiten Weltkrieg die sogenannten ... Boys.
6.	Wie heißt der linke Veranstaltungskalender für Köln und Umgebung?
7.	Was wird in dem Song von Deichkind besungen? „Yippie Yippie Yeah, ... und Remmidemmi“
8.	Wie lautet der Name bzw. die Abkürzung der Partei, die die Mauer wieder aufbauen will? (Zwei Wörter, ohne Leerzeichen)
9.	Welcher Zusammenschluß fordert in Köln ein autonomes Zentrum mit Tanzfläche?
10.	Wie lautete das Motto der Demonstration am 8.5.09 in Köln?
11.	Wie lautet der Titel des Kleinen Themenabends von junge linke im Juli? „a rabbits ...“
12.	Wie hieß der Mann mit Nachnamen, der seine „Reflexionen aus dem beschädigten Leben“ mit „Minima Moralia“ betitelte?

1.			3																
2.			14																
3.						6													
4.				2										12					
5.				15	16														
6.		17						9											
7.				4															
8.	20								13	8									
9.							1												
10.	7		19																11
11.		5																	
12.	18	10																	

1	2	3		4	5	6	7	8	9		10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
---	---	---	--	---	---	---	---	---	---	--	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Löse das Rätsel, trage die Lösung in den Coupon auf der letzten Seite dieser Ausgabe ein und schicke ihn an: junge linke köln, c/o NaturfreundInnenhaus Kalk, Kapellenstr. 9a, 51103 K., oder sende den Lösungsspruch per E-Mail an: jungelinke@gmx.de. Absender nicht vergessen und mit etwas Glück gewinnst Du das Buch von Kurt Gossweiler: >Aufsätze zum Faschismus< in zwei Bänden!

Die Offline-Offensive

von I.Tichy

Von der Leyen bastelt am Notaus-Knopf, mit dem sich das Internet ein für alle Mal abstellen läßt. Bis es soweit ist, drangsaliert man die UserInnen.

Im März diesen Jahres griff der 17 jährige Tim K. zur Beretta seines Vaters, um damit 15 Menschen zu erschießen. Wie stets nach derlei Geschehnissen boten die Medien den zur 'entsetzten Öffentlichkeit' erklärten Unbeteiligten einen Mix aus Hobbypsychologie, Voyeurismus, Betroffenheitsgebahren und Panikmacherei. Weit vor den Fragen, wie der Täter an die Schußwaffe kam, oder wieso er ein ziemliches Geschick im Umgang mit derselben aufwies, galt es andere Dinge zu klären: Zunächst mal: Ja, er hatte "Killer-spiele". Aber hatte er die Tat tatsächlich im Internet angekündigt? Systematische Überwachung des Chatverkehrs ermöglichte es den ermittelnden Behörden immerhin, den Mitschnitt eines Eintrags zu präsentieren, der vom Täter hätte stammen können. Doch dann geriet die Polizei ins Zweifeln. Wer je einen U20-Chat aufgesucht hat, weiß, daß es dort zugeht wie auf manchem Schulhof. Das Ankündigen eines Massakers dürfte in Chaträumen und Foren keine Seltenheit darstellen. Und tatsächlich, so stellte sich bei der bequemen Rückverfolgung der Gespräche heraus, war es nicht der Amokläufer, der sich hier am Vortag Gewaltphantasien von der Seele tippte, sondern ein anderer frustri-

erter Teenager. Ganz egal - in einem solchen Fall müssen die Alarmglocken schellen! Das zumindest meint Ursula von der Leyen (CDU) und - was die Alarmglocken betrifft - durchaus nicht metaphysisch. Schon länger träumt sie von einem "Notklick-Knopf" für Chatrooms, der auf "Verdacht" geklickt werden kann.(1) Amokdrohung - Klick. Pädophiler Onkel - Klick. Pöbelei - Klick. Ja - und dann? Zugriff?

Seit einiger Zeit macht das Familienministerium durch eine ähnliche, wenngleich et- was konkretere Idee - dem "Stopschild" - von sich reden.(2) Dabei wird voll auf den Ekelfaktor, der dem Begriff "Kinderpornografie" innewohnt, und die nach wie vor mysteriöse Konnotation des Wortes "Internet" gesetzt. Durch einen Filter soll der Zugriff auf Kinderpornos im Netz erschwert werden. Statt diesen finde man dann besagtes Schild mit Rechtshinweis auf dem Schirm. Folgen würde eine automatische Rückverfolgung der Nachfrage, Speichern und Abgleich der Daten - optional Hausdurchsuchung. Fachleute, u.a. auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestages, halten diese Form der Netzzensur für ungeeignet. Sie weisen darauf hin, daß das Material weiterhin verfügbar bliebe und eine sogenannte DNS-Sperre höchstens jemanden davon abhalten könne, zufällig auf eine solche Seite zu geraten. Wer sich also verirrt und beim

"Folgen würde eine automatische Rückverfolgung der Nachfrage, Speichern und Abgleich der Daten - optional Hausdurchsuchung."

Stop-Schild landet, den besucht vielleicht demnächst die SOKO, während ernsthaft Interessierte und Involvierte die Seiten weiterhin ungestört aufsuchen können, indem sie den DNS-Server umgehen. Dieses Verfahren erfordert weder besondere Kenntnisse noch großen Aufwand.(3) KriminologInnen bezweifeln ohnehin den Sinn des ganzen Vorhabens und betonen, daß die Informationen und gesetzlichen Grundlagen bereits gegeben sind, um gegen einen überwiegenden Teil der BetreiberInnen vorzugehen. "Löschen statt sperren", meinen auch andere, die - längst an Zensur gewöhnt - jedoch nicht ganz von der neuen Methode überzeugt zu sein scheinen.(4)

Doch neben der Wirksamkeit und den Anwendungsmöglichkeiten eines Filters, bliebe noch die Frage zu klären, wer diesen eigentlich kontrollieren soll, also die Liste der zu sperrenden (und zu entsperrenden) oder gar zu löschenden Einträge bestimmt, überwacht und aktualisiert. Diese Funktion wird einer, durch die Aufgabe zwanghaft verschwiegenen kleinen Abteilung des BKA zukommen und sich jeder öffentlichen Einsicht geschweige denn Mitbestimmung entziehen. Zu glauben, daß dieses geheime Gremium ausschließlich mit der Verbannung pädophiler Abbildungen im Internet betraut bliebe, wäre naiv. Ganz nebenher ließe sich zum Beispiel das staatliche Lotteriemonopol verteidigen: Kaum war der Filter im Ministerium beschlossene Sache, kamen die ersten Vorschläge, ihn um eine Sperrung von Glücksspiel-Angeboten, Sportwetten und Bombenbastelanleitungen zu ergänzen. "Natürlich

werden wir mittel- und längerfristig auch über andere kriminelle Vorgänge reden"(5), mischt sich Dieter Wiefelspütz (SPD) ungefragt ein. Wenn betont wird, daß im Ausland bereits mit Sperrlisten gearbeitet wurde und sich diese nutzen ließen, so wird gerne verschwiegen, daß dort, wo solche Filter zum Einsatz kamen, eine ganze Reihe von Webseiten von der Bildfläche verschwanden, die nichts mit Kinderpornografie zu tun hatten. Zensur-Ulla, wie sie GegnerInnen nennen, hält dennoch am Filtern fest. Ihre Kampagne geriet zuletzt selbst immer obszöner: Um die Dringlichkeit des großen Projekts zu unterstreichen, hielt sie es im Januar 09 für angebracht, JournalistInnen auf einer Pressekonferenz erst einmal ein paar Anschauungsfilme zu zeigen, bevor sie ihr Modell vorstellte. Ein Herr Schlosser aus Berlin wiederum nutzte den Anlaß, Frau von der Leyen daraufhin wegen Verbreitung und Vorführung kinderpornografischen Materials anzuzeigen. Der Programmierer wollte mit der Aktion nach eigenem Bekunden seinen Protest gegen die Änderung des Telemediengesetzes kundtun. Das wollen auch andere: Eine Online-Petition gegen die Sperrung und Indizierung von Internetseiten hat bereits mehr als 110.000 UnterzeichnerInnen gefunden.(6) Ungeachtet dessen, haben bereits einige Provider angekündigt, notfalls ohne neues Gesetz mit dem

"Eine Online-Petition gegen die Sperrung und Indizierung von Internetseiten hat bereits mehr als 110.000 UnterzeichnerInnen gefunden."

Filtern zu beginnen.

Davon abgesehen, daß derlei Vorschläge oft mangelndes Technikverständnis offenbaren, geht's hier gewiß nicht um die Bekämpfung von Kinderpornografie. Vielmehr steckt dahinter der handfeste Plan, bestehende Überwachungsmethoden auszubauen und Informationen weiter zu verknappen. Ganz ungeniert wird darüber diskutiert, wie sich mehr Daten sammeln und was sich alles zensieren ließe. Und ob nicht der "ungezügelter Datentausch" selbst - hier klingt die Krise durch - das eigentliche Problem darstellt. Ein großer Teil der zur akuten Bedrohung stilisierten "Internetkriminalität" spielt sich schließlich nach wie vor an den Tauschbörsen ab, wo das geschieht, was die einen Filesharing und die anderen eine massenhafte Hintergehung von Nutzungsrechten nennen. Das strafrechtliche Vorgehen gegen Software-, Film- und MusikpiratInnen, wurde bereits mehr oder weniger erfolgreich zum Engagement für ein kindersicheres und sauberes Web umgedeutet. Der "Internetpolizei"(7), wie sie den Spinnereien diverser PolitikerInnen entspringt, ist nicht bloß an einer Klärung von Eigentumsfragen gelegen, sie macht, auch gegenüber radikaler Kritik dicht, und zwar in Zukunft die ganze Seite. Wer braucht schon so viele Blogs? Hans-Peter Uhl (CSU), wie es scheint, nicht. Während Uhl in Sachen Zensur zur nationalen Aufholjagd bläst, erinnert er zugleich daran, was machbar ist: "Was die Chinesen können, sollten wir auch können. Da bin ich gerne obrigkeitstaatlich."(8)

Offensichtlich traut eine ganze Reihe PolitikerInnen ihrer Klientel die Nutzung des Internets in der Vollversion nicht zu und drohen dieser bisweilen sogar damit, die Leitungen ganz zu kappen: So setzt sich Kulturstaatsminister Naumann dafür ein, wiederholten Verstößen im Internet, gemeint sind auch hier Zuwiderhandlungen gegen Urheberrechte, eine

"Neben privatwirtschaftlichen Unternehmen saugt auch der Staat eifrig ganz reale Daten aus der "virtuellen Welt" ab."

automatische Kündigung des Telekommunikationsvertrags folgen zu lassen - selbstverständlich ohne die Option auf einen neuen Anschluß.(9) Die Menschen werden zum Teil in der Anonymität dieser virtuellen Welt völlig hem-

mungslos(10), beschwört Wolfgang Schäuble (CDU) virtuelle Unruhen herauf, wohl wissend, daß von Anonymität nicht die Rede sein kann:

Neben privatwirtschaftlichen Unternehmen saugt auch der Staat eifrig ganz reale Daten aus der "virtuellen Welt" ab. Wie im Fall der angeblichen Amokdrohung zu sehen war, ist der Datenabgleich von UserInnen längst Routine. Mails werden auf Jahrzehnte hinweg gespeichert, Gespräche massenhaft mitgeschnitten. Schon vor Absegnung des Bundestrojaners nistete sich das BKA auf zahlreichen privaten Festplatten ein. Staatliche ErmittlerInnen durchstöbern Foren und Blogs auch wenn gerade kein Gipfel ins Haus steht. Die letzten acht Jahre lang speicherte das BKA die Zugangsdaten von BesucherInnen ihrer Internetseiten und wertete diese anhand interner Namenslisten

aus. Wer sich für die Arbeit der Polizeibehörde interessierte, machte sich verdächtig.(11) Im März wurde diese Praxis wegen rechtlicher Bedenken vorerst eingefroren. Daß rechtliche Bedenken auch in Zukunft zunächst einmal Bedenken bleiben und der fortschreitenden Überwachungspraxis hinterherhumpeln, dafür sorgt auch das von Schäuble initiierte "Service- und Competence-Center TKÜ", das ab Juni in den regulären Betrieb übergehen soll. Die 40 Millionen Euro teure Lausch- und Mitlesezentrale wird, so ist´s der Plan, im Bundesverwaltungsamt installiert. Das Service-Center in Köln soll Polizei und Geheimdienste mit gesammelten Überwachungsdaten versorgen. Um "die zersplitterte TKÜ-Landschaft der Sicherheitsbehörden zu harmonisieren." soll sich eventuell auch der Verfassungsschutz bedienen dürfen.(12)

Das Internet ist entgegen weitverbreiteter Darstellungen weder ein rechtsfreier Raum, noch ein finstere Paralleluniversum. Es handelt sich nicht um ein Subjekt, sondern eine Struktur. Hier wird gerne das Netz zur Spinne gemacht. Politik und Medien überbieten sich in Warnungen vor Gefahren im Internet, aus dem Internet und vor der Gefahr Internet selbst. Während die einen darin einen Hort der Versuchungen und Laster wännen, scheint anderen das Internet einfach zu voll und unübersichtlich. Schnell wird eine

"Das Internet ist entgegen weitverbreiteter Darstellungen weder ein rechtsfreier Raum, noch ein finstere Paralleluniversum."

fortschreitende Verrohung der Gesellschaft, insbesondere der Jugend diagnostiziert, nur um sie im direkten Anschluß auf den üblen Einfluß des Mediums zurückzuführen. Es bestünde das Risiko, daß Kinder "mit seelischem Extremismus programmiert" (13) würden, meint Frank Schirrmacher (FAZ) und sieht im Netz zusätzlich den Auslöser dafür, daß im Fernsehen immer öfter Blut zu sehen sei, - wie er an anderer Stelle herausgefunden zu haben glaubt. Spricht hier die Furcht vor Morgen oder die Sehnsucht nach Gestern? Die Tatsache, daß heutzutage viele MandatsträgerInnen simsen oder twittern kann nicht über weitverbreitete Neophobie in ihren Reihen hinwegtäuschen. "Browser, was sind denn jetzt noch mal Browser?" (14) überlegt die Justizministerin - der sonst zu jeder Gelegenheit einfällt, das Netz gehöre stärker reguliert.(15) Das Web bleibt für sie, wie für viele andere, die es bereits nutzen (müssen), unfaßbar. Sehr wohl zu fassen sind und bleiben die UserInnen, die auch das eigentliche Problem darzustellen scheinen. Während der Staat seine BürgerInnen selbst gerne auf dem Schirm hat, versuchen PolitikerInnen ihrer Wählerschaft ein Internet light schmackhaft zu machen, augenschonend - weil weniger. Ganz egal, wie weit die neuen Zensur und Überwachungsinitiativen gedeihen mögen, ist im Netz seit jeher Vorsicht geboten: Online zu sein bedeutet nicht, die Bundesrepublik hinter sich gelassen zu haben.

(1) <http://xrl.in/2g2o>

(2) <http://xrl.in/2g2p>

(3) <http://xrl.in/2g2t>

(4) <http://xrl.in/2g2r>

(5) <http://xrl.in/2g2m>

(6) <http://xrl.in/25yj>

(7) <http://xrl.in/2gmx>

(8) <http://xrl.in/2gmp>

(9) <http://xrl.in/2g2n>

(10) <http://xrl.in/2gmq>

(11) <http://xrl.in/2gmw>

(12) <http://xrl.in/2g39>

(13) <http://xrl.in/2gmt>

(14) <http://xrl.in/2gmu>

(15) <http://xrl.in/2781>

Kritik der Psychiatrie – Teil 1

von David Wichera

Dieser Text ist der Erste unserer dreiteiligen Serie zur Kritik der Psychiatrie. Bei der Reihe handelt es sich um eine gekürzte Fassung des Vortrags, den David Wichera im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kleine Themenabende“ am 4. 11. 2008 in Köln gehalten hat. Der Referent arbeitet seit mehreren Jahren im Weglaufhaus „Villa Stöckle“, der einzigen antipsychiatrischen Einrichtung in Deutschland.

Zum Aufbau des Vortrags: Ich werde relativ chronologisch vorgehen, damit man auch nachvollziehen kann, wie allmählich diese ganzen neomarxistischen Theorien in die antipsychiatrischen Theorien eingeflossen sind. Inhalt sind eben Ronald D. Laing(1), David Cooper und Franco Basaglia. Wenn ich jetzt die Theorien von den dreien vorstelle, und darin so etwas vorkommt, wie „psychische Krankheit“ oder „Schizophrenie“ et cetera, dann aufgrund dessen, weil die das selber so formuliert haben. Ich selber lehne diese Konzepte der psychischen Krankheit ab, was jetzt nicht heißt, dass ich sage, diese Leute würden nicht leiden, oder dass es ihnen nicht schlecht ginge, aber der Umgang damit, auf diese Weise lehne ich den ab. Auch finde ich, dass bei allen drei Theorien gute Sachen dabei sind, aber auch ganz viele, die zu kritisieren sind. Ich werde zuerst mit einem durchaus eher unbekanntem

Geschichtsstück beginnen und zwar, dem

Ursprung der Psychiatrie.

Die ist als moderne Wissenschaft im 17. Jahrhundert entstanden. Da war gerade das Mittelalter vorbei, die Renaissance begann, und man sperrte immer mehr Menschen von den Straßen weg in sogenannte Internierungshäuser. 1620 wurde in Hamburg das erste Internierungshaus eröffnet. Und da wurden dann alle Bettler, Vagabunden, Besitz-, Arbeits- und Berufslose, Verbrecher, politisch Auffällige, Verrückte, Idioten und Sonderlinge interniert. Das Wichtige an diesen Häusern ist, sie wurden nicht geschaffen, um denjenigen zu helfen; oder aus dem Glauben heraus, man könnte sie heilen, sondern, um sie abzuhalten vom Müßiggang. Man wollte sie einsperren, damit diese arbeiten.

Nach dem 30 jährigen Krieg bildeten sich dann immer mehr spezifische Einrichtungen aus.

Dann im 18. Jahrhundert hat man auch diese Menschen, die dort eingesperrt wurden, ausgeliehen, an Fabrikbesitzer, als billige Arbeitskräfte, was dann allmählich mit dem erscheinenden Bürgertum zutiefst kritisiert wurde. Aber auch nicht aus einer fortschrittlichen Begründung heraus, sondern mit der Begründung, dass Zwangsarbeit nicht effizient sei und Menschen, die aus eigener Motivation heraus Arbeit nachgehen, viel effizienter seien, als eben jemand, der Zwangsarbeit nachgeht.

Daraufhin sollten diese Häuser geschlossen werden. Aber bevor das geschehen konnte, musste zuerst selektiert wer-

den, wer in diesen Häusern denn überhaupt noch für den Produktionsprozess brauchbar ist, und alle Armen und alle Obdachlosen wurden erstmal entlassen. Die Kinder wurden auch entlassen und sind dann in eigene Institutionen gekommen, wo sie dann zu Lohnarbeit ausgebildet wurden. Die Kriminellen sind ins Gefängnis gekommen und schließlich blieben nur noch die Verrückten übrig, die armen Irren, die als sozial unbrauchbar eingestuft wurden, da sie unvernünftig waren, unberechenbar und störenden Handlungsweisen nachgegangen sind, die immer mehr definiert wurden, als die Ordnung und Sicherheit gefährdend. Diese Institution bekam dann auch immer mehr den Auftrag, die Ordnung und Sicherheit der Gesellschaft zu wahren. Aus diesem Auftrag ist dann eigentlich auch die Psychiatrie entstanden.

Jetzt werde ich einen Sprung machen.

200 Jahre später: Die Antipsychiatrie

hat sich hauptsächlich abgespielt in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Da wurden die ganzen Theorien und die ganzen praktischen Versuche angestellt. Der Name dessen, der eigentlich so die Grundlagen der Antipsychiatrie gelegt hat, ist Ronald D. Laing. Der hat bereits 1960 ein Buch veröffentlicht, „Das geteilte Selbst“, mit dem er im Grunde in die psychiatrische Wissenschaft eine kleine Revolution eingeführt hat.

Er ist nämlich davon ausgegangen, dass die Menschen, die man als schizophren betitelt oder als psychisch krank, dass

diese nicht einfach krank sind. Statt, dass es sich gar nicht lohnt, sich mit ihnen zu beschäftigen, und dass das total unsinnig ist, was die da machen, ist er zum ersten Mal davon ausgegangen, dass diese Verhaltensweisen durchaus Sinn ergeben, dass sie wertvoll sind. Und wenn man sie im Kontext ihrer sozialen Herkunft betrachtet, dann kann man eigentlich verstehen, wieso diese Menschen so handeln. Laing verwendet, um diese Menschen nachzuvollziehen, einen Ansatz, der sich auf Sartre beruft, wo er sich distanziert von dem, was die Psychiatrie macht und zwar einzelne Aspekte des Menschen herauszunehmen und diese zu untersuchen. Er sagt, es ist wichtig, dass man Menschen beobachtet und analysiert, dass man auch die sozialen Herkunft betrachtet und nicht irgendwie einzelne Anteile des Menschen analysiert und isoliert. Und er sagt, um diese Menschen nachvollziehen zu können, muß man mit zwei Dingen der typischen psychiatrischen Herangehensweise brechen.

“Mit so einer Herangehensweise könne man niemals einen Menschen analysieren.”

Das ist zum einen das Fachvokabular, das er ablehnt, aus dem Grunde heraus, dass man mit dem Fachvokabular versucht, einen Menschen zu beschreiben, der angeblich in seiner Persönlichkeit gespalten ist, aber mit diesem Fachvokabular nichts anderes tut, als ihn wieder in verschiedene Einheiten zu spalten, wie Psyche, Körper, Ich, Über-Ich, Es. Mit so einer Herangehensweise könne man niemals einen Menschen analysieren.

Zum Zweiten sagt er, dass man sich selber mit seinen eigenen Möglichkeiten der Verrücktheit in das Gegenüber hineinversetzen sollte. Die eigenen Verhaltensweisen, die eigenen Möglichkeiten, dass man auch irgendwie verrückt werden könnte, sollte man beobachten. Dafür müsse man irgendwie ein Bewusstsein schaffen, und nur auf diese Art und Weise werde es möglich, jemanden zu verstehen, der selbst verrückt ist.

Trotz dieser Ansprüche von Laing, die ziemlich hoch sind, hat er in seinem Werk „Das geteilte Selbst“ noch größtenteils typische psychoanalytische Methoden verwendet. Er hat eben genau das getan, was er kritisiert hat, nämlich einzelne Aspekte des Menschen herausgenommen und die analysiert und dann in einen Gesamtzusammenhang gestellt. Er wird dann aber über die Jahre

immer antipsychiatrischer.

Theoretisch fundiert hat er diesen immer weitergehenden Akt zur Antipsychiatrie allerdings nie, zumindest nicht ausreichend.

“Diesen Schritt haben sie als ähnlich markant angesehen, wie der Schritt damals vom Mittelalter zur Renaissance...”

von sogenannten Schizophrenen, wenn man das im Kontext der Familie sieht, Sinn ergibt und auch wertvoll ist.

1964 in „Wahnsinn und Familie“ untersucht er dann gemeinsam mit einem Kollegen elf Familien und will damit beweisen, dass das Verhalten

Damit waren sie schon tatsächlich die beiden Ersten, die den Familienhintergrund von sogenannten Schizophrenen untersucht haben. Diesen Schritt haben sie als ähnlich markant angesehen, wie der Schritt damals vom Mittelalter zur Renaissance, wo man dann eben nicht mehr davon ausgegangen ist, dass diese Menschen von Dämonen oder von Geistern besetzt sind, sondern es als ein medizinisches Problem definiert wurde.

Innerhalb dieses Werkes, „Wahnsinn und Familie“, steht ein sehr zentraler Punkt von seinem Verständnis darüber, was Schizophrenie beziehungsweise psychische Krankheit sei. Hier möchte ich jetzt länger zitieren:

„Es ist klar, dass Schizophrenie eine soziale Angelegenheit ist, insofern, dass ein Prozent der Bevölkerung, langes Leben vorausgesetzt, damit rechnen muss, als schizophren diagnostiziert zu werden. Seit Jahren bemühen sich Psychiater herauszufinden, was den so diagnostizierten Leuten gemeinsam ist. Die Ergebnisse sind bisher nicht überzeugend. Keine allgemein akzeptierten, objektiven, klinischen Kriterien für die Diagnose von Schizophrenie sind entdeckt worden. ... Es gibt keine allgemein anerkannte Art der Behandlung, die sich als wertvoll erwiesen hätte, höchstens vielleicht eine fortgesetzte, sorgfältige Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen. Schizophrenie ... scheint sich normalerweise auf die physische Gesundheit nicht negativ auszuwirken. Bei entsprechender Pflege durch andere führt sie nicht zum Tod oder zu einer Verkürzung des Lebens. ... Der diagnostizierte Patient ... ist ein Mensch, der merkwürdige Erfahrungen macht und/oder sich merkwürdig ben-

immt, gewöhnlich vom Standpunkt seiner Verwandten, und von unserem eigenen Standpunkt aus betrachtet. ... Das Fazit nun ist, dass der diagnostizierte Patient an einem pathologischen Prozess leidet, ist entweder eine Tatsache, eine Hypothese, eine Annahme oder ein Urteil.“

1969 in einer Essaysammlung finden wir dann eine ähnliche Aussage von Laing, wo er versucht die Psychiatrie in ihrem Vorgehen humoristisch zu betrachten, und zwar sagt er da, dass Schizophrenie eine Bezeichnung sei für einen Zustand, wo die meisten Psychiater ihren Patienten etwas zuschreiben, diese schizophren nennen - im Grunde genommen so ein System von Zuschreibungen, die vor allen Dingen herabwürdigend sind und häufig in so einer Mischung aus einem klinischen, medizinischen, biologischen, psychoanalytischen Psychiater-Kauderwelsch vorgetragen werden.

Die Frage, die sich dann letztendlich an Laing stellt, die er auch beantwortet hat:

Was ist eigentlich diese als Schizophrenie betitelte Krankheit,

beziehungsweise diese Phase, diese Erfahrung. Was passiert da? Laing bleibt da sehr vage. Er sagt im Rückblick beschreiben Leute, die selbst diese Erfahrung durchlaufen haben, diese oft als eine Bewegung nach innen, unten, zurück, mit einer Wende am tiefsten Punkt und dann nach außen, oben, vorwärts in die Welt. Wie gesagt, nicht gerade präzise.

In seinen Häusern hat er mitbekommen, wie die Menschen diese Erfahrung durchmachen konnten, bis zu einem Punkt, wo ein Psychiater üblicherweise von Heilung sprechen würde - und das ohne Drogen, Elektroschocks oder Psychotherapie irgendwelcher Art. Auch hat er es dann erlebt, wenn jemand diese Erfahrung durchschritten hat, dass diese Menschen oftmals auf einem höheren Lebensniveau leben konnten.

Das ist jetzt das zentrale Verständnis von Laing, was da stattfindet. Laut seiner Meinung nämlich, ist es eine Art von Heilung, ein Prozess, der notwendig ist, um Erfahrung zu verarbeiten. Und das Paradoxe und eigentlich sehr Tragische an dem Ganzen ist, dass die übliche Behandlung der Psychiatrie darin besteht, die Menschen daran zu hindern, verrückt zu werden und diese Verrücktheit auch auszuleben, bis zu einem Punkt, wo man dann selber wieder zurückkommt.

Mit diesen Theorien und mit seinem Werk hat Laing, wie bereits erwähnt, den Grundstein für die Antipsychiatrie gelegt. Er selber hat es allerdings bestritten und nur gesagt, er bezeichne sich nicht als Antipsychiater und betrachte seine Theorien auch nicht als Antipsychiatrie.

Meine

Kritik

an ihm ist die, dass er zwar sagt, er möchte den Menschen

begreifen allerdings nicht Bezug herstellt zum Beispiel zur Ökonomie, und dass er nicht sagt, man muß jetzt den Menschen mal in der Struktur des Kapitalismus betrachten. Das hat er nie gemacht. Und er selber ist dann auch über die Jahre immer esoterischer geworden, hat dann auch irgendwann so Wiedergeburtstherapien gemacht, wo er den Menschen ermöglicht hat, in seiner Therapie eine „Wir-Geburt“ zu erleben, und das war dann eigentlich spätestens so der Zeitpunkt, wo er für die Antipsychiatrie nicht mehr recht brauchbar gewesen ist. Aber ein guter Mitarbeiter, ein Kollege von ihm, der David Cooper ...

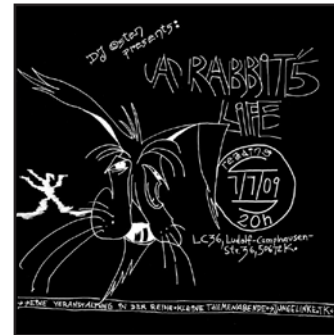
1 „Ronald D. Laing (* 7. Oktober 1927 in Govanhill bei Glasgow, Schottland; † 23. August 1989 in St. Tropez, Frankreich) war ein britischer Psychiater ...“ (Wikipedia)

Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe der „PoPo“

Dieser Text ist der Erste unserer dreiteiligen Serie zur Kritik der Psychiatrie. Bei der Reihe handelt es sich um eine gekürzte Fassung des Vortrags, den David Wichera im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kleine Themenabende“ am 4. 11. 2008 in Köln gehalten hat. Der Referent arbeitet seit mehreren Jahren im Weglaufhaus „Villa Stöckle“, der einzigen antipsychiatrischen Einrichtung in Deutschland.

Die monatlich von junge linke ausgerichteten Veranstaltungen in der Reihe „Kleine Themenabende“ finden jeden ersten Dienstag im Monat um 20 Uhr im Infoladen LC 36 (Ludolf-Camphausen-Str 36, 50672 Köln) statt. Alle Interessierten sind herzlich willkommen.

Und beim nächsten Themenabend am 7.7.09 präsentieren wir euch: „A Rabbit´s Life“ -poems,stories,songs von DJ Osten.



Who are you?

junge linke köln sind Mitgliedsgruppe der JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL) NRW, einem parteiunabhängigen, bundesweit organisierten Jugendverband.

JD/JL-radikal

Wir begreifen unsere Politik nicht als Verbesserungsvorschläge für herrschende Regierungen, sondern als neue Perspektiven einbringende und radikal, d. h. an die Wurzel gehend, kritisierende Praxis. Unsere Arbeit orientiert sich nicht daran, was allgemein für machbar gehalten wird. Wir lassen uns nicht auf die Logik des kapitalistischen Systems ein.

JD/JL-undogmatisch

Wir hinterfragen Begriffe und Ideologien immer wieder und lehnen dogmatische, starre Denkweisen ab. Gerade die Möglichkeit vieler Meinungen und Interpretationsansätze sind für unseren Verband charakteristisch. So gibt es auch keine feste Ausrichtung, sondern wir bewegen uns in einem weiten Spektrum von antiautoritären, ökologisch alternativen, sozialistischen, anarchistischen und autonomen Kreisen.

JD/JL-parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit langem mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren sie Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch mit Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen im Verband löste. 1992 fand der Zusammenschluß mit der, in der DDR gegründeten, marxistischen Jugendvereinigung Junge Linke statt.

JD/JL-außerparlamentarisch

Wir sehen keine Möglichkeit, allein über Parlamente tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Sie sind zwar gesellschaftliche Errungenschaften, doch ihr Einfluß ist begrenzt. Parteien sind von großer Bedeutung für kleine Reformen, Vertrauen verdienen sie nicht. Demokratischer Fortschritt läßt sich nur gegen den kapitalistischen Staat und seine Akteure mittels außerparlamentarischem Druck der Linken durchsetzen.

JD/JL-aktiv

JD/JL beteiligen sich an zahlreichen Initiativen zu Themen, wie z. B. Antifa, Feminismus und Ökologie, aber greifen auch selbstbestimmt ein, wenn es um Bildungs-, Sozial- oder Drogenpolitik geht. Es gilt Herrschaftsverhältnisse offenzulegen, autoritäre Strukturen anzugreifen und gegebenenfalls durch Emanzipatorische zu ersetzen. So kämpfen wir etwa gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft, sowie die Errichtung eines Überwachungsstaates.

Coupon (einfach ausfüllen, ausschneiden und an unsere Adresse senden):

Ich will ...

0 ... kostenlos mehr Infos!

0 ... zu Euren Veranstaltungen eingeladen werden!

0 ... Mitglied werden!

0 ... gewinnen! Die Lösung des Rätsels lautet:

_____ !

AbsenderIn: _____